



2020/35 Disko

<https://shop.jungle.world/artikel/2020/35/der-markt-cancelt>

Wer über »cancel culture« reden will, sollte vom Kapitalismus nicht schweigen

Der Markt cancelt

Disko Von **Jörn Schulz**

Jede hierarchische Gesellschaft hat eine »cancel culture«. Wahrgenommen und debattiert wird dies erst, wenn Normen sich ändern und marginalisierte Gruppen sich zu Wort melden.



Das US-amerikanische »Harper's Magazine« veröffentlichte

*Anfang Juli einen »Letter on Justice and Open Debate«, der die linke Debattenkultur kritisierte. Tom Uhlig (**No Justice, No Debate - Jungle World 30/2020**) verteidigte die Kritik an menschenfeindlichen Äußerungen, Hannah Wettig (**Es geht nicht um Inhalte - Jungle World 31/2020**) kritisierte die Form mancher Kritik. Frédéric Valin forderte, sich die einzelnen Fälle genau anzusehen (**Konkret werden - Jungle World 32/2020**).), und Konstanze Hanitzsch reflektierte über die Rolle von Scham und Abwehr (**Die Macht der Beschämung - Jungle World 34/2020**).*

Cancel culture ist alles andere als eine neue Erscheinung, auch in der Geschichte der Linken war sie immer präsent. Ihr unangefochtener Meister war Stalin, der unzählige Fotos und Dokumente fälschen ließ, um Leo Trotzki führende Rolle in der Oktoberrevolution aus der Geschichtsschreibung zu tilgen, und Mordkommandos entsandte, bis es vor 80 Jahren einem Attentäter gelang, Trotzki mit einem Eispickel zu töten. Es versteht sich, dass Stalins *cancel culture* sich einer Rhetorik befleißigte, in der »tollwütige Hunde« noch zu den freundlicheren Bezeichnungen für seine linken Gegner gehörte.

Befangen in ihrem Standesdünkel, wollen die meisten Künstler, Schriftsteller und Journalisten nicht zur Kenntnis nehmen, dass ihr Werk eine Ware ist wie eine Wurst oder ein Paar Turnschuhe.

Dieses Beispiel soll nicht Beschwerden gegen *shitstorms*, Beleidigungen und Drohungen als Wehleidigkeit von Millennials angesichts eines seit Millennien bestehenden Problems abtun. Dass physische Gewalt in Konflikten innerhalb der Linken sehr selten geworden ist, liegt an deren Randständigkeit – es geht meist nur noch um die Meinungshoheit in einer Blase. Weiterhin aber dürften Intoleranz, Intrigen, Mobbing und andere unzivilisierte Umgangsformen der Hauptgrund dafür sein, dass es kaum jemand länger als zehn Jahre in der linken Basisarbeit aushält. Daran werden moralische Appelle, netter zueinander zu sein, jedoch wenig ändern.

Um eine ernsthafte Debatte über *cancel culture* führen zu können, muss man sich zunächst darüber klar werden, dass der Begriff nur dort sinnvoll ist, wo Menschen tatsächlich die Macht haben, etwas zu »canceln«, also in Politik, Institutionen oder Geschäftswelt Entscheidungen treffen können. Organisierte Kampagnen via Internet können versuchen, Macht auszuüben, um Menschen von öffentlichem Auftreten abzuschrecken oder die Reaktion einer Institution auf eine Äußerung zu erzwingen. Solche Kampagnen sind jedoch Mittel der weitgehend Machtlosen, die kaum eine andere Möglichkeit haben, die tatsächlich Mächtigen zu beeinflussen, die etwas »canceln« können. Unabhängig vom jeweiligen Urteil über solche Kampagnen sollte klar sein, dass dies in eine andere Kategorie fällt als staatliche Zensur.

Dieser Begriff taucht nur in der deutschen Übersetzung des »Letter on Justice and Open Debate« in der Zeit auf. Im englischsprachigen Original ist von *censoriousness* (Kritiksucht, Mäkelei) die Rede, von Intoleranz und Ausgrenzung sowie den »unverhältnismäßigen Strafen«, die Institutionen gegen derart Angegriffene verhängten – als würde das eine aus dem anderen quasi naturgesetzlich folgen. Die dafür genannten Beispiele sind offenbar bewusst vage gehalten, eines ist von verblüffender Banalität: »Journalisten werden daran gehindert, über bestimmte Themen zu schreiben.« Ja, das ist so, seit es Journalismus gibt, bereits Honoré de Balzac hat enthüllt, dass es sich um ein Gewerbe handelt. Worüber ein Journalist schreiben darf – und auch, worüber er schreiben muss –, entscheidet der Vorgesetzte. Die meisten Medien und Verlage sind im Besitz von Kapitaleignern, die entsprechend ihren Profitinteressen oder politischen Anliegen über Veröffentlichungen entscheiden.

Das wäre in der Tat ein interessantes Thema. Befangen in ihrem Standesdünkel, wollen die meisten Künstler, Schriftsteller und Journalisten aber nicht zur Kenntnis nehmen, dass ihr Werk eine Ware ist wie eine Wurst oder ein Paar Turnschuhe. Zu »unverhältnismäßigen Strafen« kommt es in der Regel, weil der Unternehmer meint, dass der Betreffende sich geschäftsschädigend verhalten habe. So wie James Bennet, der im »Open Letter« mutmaßlich in der Passage »Redakteure werden gefeuert, weil sie kontroverse Texte veröffentlicht haben« gemeint war. Der leitende Redakteur der Meinungsseite der *New York Times* winkte einen Kommentar des republikanischen Senators Tom Cotton durch, in dem dieser einen Militäreinsatz gegen die Proteste wegen rassistischer Polizeigewalt forderte. So etwas muss die *New York Times* nicht publizieren, ebenso wenig wie das *Wall Street Journal* ein Plädoyer für die Auflösung der Polizei. Der Rest ist Arbeitsrecht. Bennet erhielt offenbar eine Art Aufhebungsvertrag, gänzlich freiwillig verließ er die *New York Times* wohl nicht. Man kann hier mit guten Gründen für einen milderen Umgang mit einem beruflichen Fehler plädieren.

Die Unterzeichnenden des »Open Letter« kommen nicht auf die Idee, sich mit gewöhnlichen Lohnabhängigen wie Juli Briskman zu solidarisieren, die ihren Arbeitsplatz verlor, weil sie beim Anblick von Donald Trumps Konvoi ihren Mittelfinger hob, oder mit den Amazon-Beschäftigten, die entlassen wurden, weil sie die mangelhaften Infektionsschutzmaßnahmen des Konzerns

kritisiert hatten. In der Lohnabhängigkeit gibt es keine Meinungsfreiheit, mehr und mehr kontrollieren viele Unternehmer auch das Freizeitverhalten ihrer Angestellten. Freiberufler sind den Marktmechanismen unterworfen, für ihren Marktwert ist ihr Freizeitverhalten oft von entscheidender Bedeutung. Wer darüber nicht reden will, kann bestenfalls einen idealistischen, elitären und erwartbar folgenlosen Appell produzieren, netter zueinander zu sein. Die vorläufig leider unlösbare Aufgabe, freundlichere Kommunikationsformen durchzusetzen, die inhaltliche Debatte und die Auseinandersetzung über Sanktionen für Meinungsäußerungen sollten voneinander getrennt werden, wenn man wenigstens bei den beiden Letztgenannten weiterkommen will.

Dafür ist es auch sinnvoll, sich zu vergegenwärtigen, dass diese Debatte nur geführt wird, weil nun hin und wieder Menschen indirekt etwas »canceln«, die als Unbefugte gelten. Jede hierarchische Gesellschaft ist eine *cancel culture*, die bemüht ist, als gefährlich geltende Abweichungen von der Norm zu unterdrücken. Was in der vorbürgerlichen Gesellschaft Sache des Königs und des Klerus war und in Diktaturen noch immer ist, übernimmt in Demokratien der Markt. Dessen Wirken ist so selbstverständlich, dass es meist gar nicht wahrgenommen wird, weshalb von einer »unsichtbaren Hand« die Rede ist. In den fünfziger Jahren musste etwa in der Filmindustrie die Darstellung einer homosexuellen Liebesbeziehung nicht »gecancelt« werden, weil niemand in Erwägung gezogen hätte, so etwas auf die Leinwand zu bringen. Doch Normen ändern sich, und so gewinnen neue Definitionen dessen an Einfluss, was als gefährliche Abweichung zu gelten hat. Im Hinblick auf die gesellschaftliche Stellung von Frauen und diversen Minderheiten, ob Schwarze oder LGBTQI-Personen, haben sich die Normen geändert. Mit ihnen ändern sich die Marktverhältnisse, zum Unwillen jener, die aufsteigenden gesellschaftlichen Gruppen keine Repräsentanz gönnen wollen und auf althergebrachten Herabwürdigungen bestehen. Deshalb heißt die unsichtbare Hand des Marktes jetzt manchmal *cancel culture*. Die rechte Kritik hat hier eine amüsante Note, da jene, die so gerne über »Gutmenschen« schimpfen, umso empörter sind, wenn diese sich nicht so verhalten, wie es sich für einen »Gutmenschen« geziemt, sondern sich der in der kapitalistischen Gesellschaft üblichen Methoden bedienen.

Die Kritik an einer vor kurzem erfolgten Saucenumbenennung durch die Firma Knorr ist eindeutig rassistisch motiviert, doch so einfach liegen die Dinge nicht immer. Komplexer ist etwa die Debatte über den Roman »American Dirt« von Jeanine Cummins, der vorgeworfen wurde, als weiße Autorin das Leid mexikanischer Flüchtlinge auszubeuten. Die Literaturkritik befand fast einhellig, dass Cummins es nicht geschafft habe, sich in andere hineinzusetzen, und ein Buch voller Klischees abgeliefert habe. Es wurde aber auch gefordert, Versuche dieser Art grundsätzlich zu unterlassen. Literatur und Kunst auf die Darstellung der jeweils »eigenen« *community* zu beschränken, kann jedoch nur Kleingeistigkeit fördern. Komplizierter noch wird es, wenn man bedenkt, dass das Buch »Onkel Toms Hütte« von Harriet Beecher Stowe die mit Abstand wichtigste Propagandaschrift für die Sache der Nordstaaten war – erfolgreich, gerade weil es ein so schlechtes, auf paternalistische Weise emotionalisierendes Buch ist. Auch ein ästhetisch und politisch zutreffendes Urteil kann Entscheidendes übergehen.

In der linken Debatte über *cancel culture* sollte der jeweilige Fall mit der gebotenen Sorgfalt analysiert und zwischen inhaltlicher Debatte und Sanktionierung – nicht zu verwechseln mit der Absage einer Veranstaltung aus Marketing-Erwägungen, wie sie jüngst die Kabarettistin Lisa Eckhart traf – unterschieden werden. Dabei kann es nicht schaden, sich auch einmal

einzugestehen, dass man keine ausreichenden Kenntnisse für ein in alle Welt hinauszuposaunendes Urteil hat.

Die Debatte über *cancel culture* ist die Begleiterscheinung einer längst nicht abgeschlossenen Umstrukturierung, die mittlerweile einer größeren Zahl von Menschen aus diskriminierten oder unterdrückten gesellschaftlichen Gruppen den Aufstieg oder zumindest ein weniger angstfülltes Leben ermöglicht. Ihre Bewegungen kämpfen überwiegend für eine bessere Teilhabe an der kapitalistische Gesellschaft, nicht aber für deren Überwindung. Man mag das bedauern und einmal mehr das Versagen der Linken beklagen, aber es ist das gute Recht der Aufsteiger und Aufsteigerinnen, keine besseren Menschen zu sein. Wer von der queeren Dozentin gemobbt oder vom schwarzen Chef schikaniert wird, wende sich an den AStA, den Anwalt oder die Gewerkschaft.